



Fachkräftemangel in der Schweiz

Resolution CVP-Frauen Schweiz

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung CVP-Frauen Schweiz
15. März 2014 in Brig

Einleitung

Qualifizierte Arbeitskräfte sind der Motor für die Innovations-, Wettbewerbs- und Wachstumsfähigkeit der Schweizer Volkswirtschaft. Mit ihrer Kreativität bei der Suche nach immer neuen oder verbesserten technischen Lösungen tragen insbesondere Ingenieur/innen und Naturwissenschaftler/innenmassgeblich zur Innovationskraft des Arbeitsplatzes Schweiz bei. Die Verfügbarkeit von technischem Humankapital ist für eine exportorientierte, kleine Volkswirtschaft im globalen Standortwettbewerb der Wissensgesellschaften elementar.

Der Schweizer Wirtschaft fehlen heute insgesamt rund 10'000 gut ausgebildete Berufsleute. Der Mangel an Fachkräften hindert zahlreiche Unternehmen daran, ihr Entwicklungspotenzial auszuschöpfen. 31 Prozent der Firmen haben Mühe, qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Im sekundären Sektor liegt dieser Anteil sogar bei 36 Prozent. Besonders akut ist der Mangel in der Informatik, im Maschinenbau und im Gesundheitswesen. Ebenso bleiben Lehrstellen bei zahlreichen handwerklichen Berufen offen.

Ein Teil des Bedarfs wird durch die Einwanderung von qualifizierten Arbeitskräften gedeckt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass Fachkräfte auch im Ausland knapp werden dürften. Mit der Annahme der Volksinitiative der SVP «Gegen eine unkontrollierte Masseneinwanderung» am 9. Februar 2014 wird sich die Rekrutierung der Fachkräfte aus dem Ausland auch deutlich erschweren. Es braucht deshalb, wie das die CVP bereits im Juni 2013 forderte, eine schweizweite Bildungsoffensive und die Förderung von Schweizer Nachwuchs in allen Branchen, in welchen es an Fachkräften mangelt. Einheimische Fachkräfte müssen gefördert werden und die Erwerbsquote der Frauen muss erhöht werden.

Die Bildung ist sehr oft und auf vielen Gebieten in kantonaler oder regionaler Verantwortung, vor allem bei spezialisierten höheren Schulen. Die Forderungen der CVP-Frauen Schweiz sind deshalb mancherorts schon aufgegleist oder sogar schon in Kraft. Dabei gibt es Unterschiede zwischen den diversen Kantonen und Regionen, vor allem auch zwischen der Romandie und der Deutschschweiz.

1. Vielfältiges und durchlässiges Bildungsangebot sicherstellen

Eine qualitativ hochstehende Bildung ist die Basis einer erfolgreichen Grundausbildung und einer nachfolgenden Spezialisierung mittels einer kontinuierlichen Weiterbildung. Die berufliche Ausbildung muss praxisbezogen, modular und durchlässig sein. Die Berufsausbildung orientiert sich an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes.

Die CVP-Frauen Schweiz fordern:

- Der Bund und die Kantone müssen ein breites, vielfältiges und durchlässiges Bildungsangebots, welches für alle zugänglich ist, sicherstellen.
- Freiwillige vorschulische Betreuungsangebote, wo Kinder wichtige, für ihre Zukunft entscheidende Fähigkeiten auf spielerische Art und Weise erlernen können, sollen vermehrt geschaffen werden.
- Nicht-erwerbstätige und erwerbslose Jugendliche müssen mit vermehrten Anstrengungen für eine Erwerbstätigkeit oder eine Ausbildung gewonnen werden. Ebenso sollten nicht-erwerbstätige Erwachsene ohne Sek II Abschluss ins Erwerbsleben integriert werden und wenn möglich in der Berufstätigkeit nachqualifiziert werden.
- Neben formellen Abschlüssen sollen vermehrt auch berufliche und aussercurriculäre Erfahrungen berücksichtigt werden. So werden insbesondere für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger zusätzliche Perspektiven geschaffen.

2. Kontinuierliche Weiterbildung gewährleisten

Eine kontinuierliche Weiterbildung ist entscheidend, um die fachlichen und persönlichen Kompetenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den beruflichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Sie soll derart ausgestaltet werden, dass die Angebote berufsbegleitend und nahe an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Weiterbildungsangebote müssen die Erwerbstätigen befähigen, mit den steigenden Anforderungen der Arbeitswelt mithalten zu können.

Die CVP-Frauen Schweiz fordern:

- Allen Erwerbstätigen soll eine kontinuierliche, finanzierbare Weiterbildung ermöglicht werden.
- Die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmenden und deren Weiterbeschäftigung über das ordentliche Pensionsalter hinaus, wird mit guten Bedingungen unterstützt.
- In Bereichen mit Fachkräftemangel soll durch Umschulung beziehungsweise Weiterbildung der Wiedereinstieg und auch der Quereinstieg gefördert werden.
- Der Zugang zu Aus- und Weiterbildung muss auch Eltern und davon mehrheitlich Frauen mittels familienergänzender Kinderbetreuung möglich sein.
- Aus- und Weiterbildungskosten für die berufliche Umschulung sowie für den beruflichen Aufstieg können vollumfänglich von den Steuern abgezogen werden, dies gilt auch für jene Leute, die zum Zeitpunkt der Aus- und Weiterbildung nicht erwerbstätig sind.
- Ausbildungszulagen sind steuerbefreit.

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

In der Schweiz leben viele hervorragend ausgebildete Frauen, welche mangels einer genügenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf ihre Fähigkeiten dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stellen können. Es ist zwingend, dass auch in den urbanen Gegenden der Schweiz genügend Betreuungsplätze für Kinder und Jugendliche vorhanden sind.

Die CVP-Frauen Schweiz fordern:

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden.
- Auch in urbanen Landesteilen müssen genügend Betreuungsplätze für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen.
- Firmen sollen auch Männern vermehrt eine teilzeitliche Anstellung ermöglichen.
- Die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen sind hinsichtlich Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Betreuungseinrichtungen, Teilzeitarbeit, Lohn (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) zu prüfen und gegebenenfalls zu verbessern.
- Im Rahmen der Gleichstellung sind Frauen für mathematische, technische und naturwissenschaftliche Berufe gezielt und nachhaltig zu fördern.
- Frauen, welche sich für ein MINT-Studium entschieden haben, müssen mit wirksamen Massnahmen unterstützt werden, dieses erfolgreich abzuschliessen.

4. Interesse an MINT früh fördern

MINT bedeutet Studium und Berufe in Mathematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaften und Technik.

In der Schweiz herrscht ein Mangel an MINT-Fachkräften, der in den Bereichen Informatik, Technik und teilweise auch im Bauwesen besonders ausgeprägt ist. Das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS hat 2010 im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie Ausmass, konjunkturelle Abhängigkeit, Auswirkungen und Ursachen den MINT-Fachkräftemangel untersucht.

Im Jahr 2009 fehlten der Schweiz rund 14'000 MINT-Fachkräfte. Dazu kommt, dass der demografische Wandel den Mangel an MINT-Fachkräften und die Folgeprobleme zusätzlich verschärft. Obwohl der Markt mit einer Lohnerhöhung und vermehrter Migration auf den Fachkräftemangel reagiert hat, blieb eine relevante Zunahme von schweizerischen Jugendlichen aus, die sich in MINT ausbildeten. Frauen sind nach wie vor in den MINT-Studiengängen untervertreten. Löhne von Frauen haben auf den Fachkräftemangel jedoch nicht in gleichem Masse reagiert.

Die hier aufgeführten Fakten und Zahlen sind das Resultat einer vor einigen Jahren durchgeführten Studie und können heute bereits anders sein. Die Problematik des Fachkräftemangels aber bleibt weiterhin bestehen und ist nach der Volksabstimmung vom Februar 2014 noch akuter geworden.

Für die Jugendlichen ist das Interesse ausschlaggebend für die Berufswahl beziehungsweise für die Studienfachwahl. Dieses steht klar vor einer möglichen Orientierung an den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes. Das Interesse für oder gegen eine spätere Berufstätigkeit im MINT-Bereich ist gemäss verschiedenen Studien bereits auf der Sekundarstufe I stabilisiert.

Die CVP-Frauen Schweiz fordern:

- Schülerinnen und Schüler erfahren im Kindergarten und in der Primarschule auf experimentelle und spielerische Weise einen interessanten Unterricht rund um MINT.
- Die Lehrerinnen und Lehrer im Kindergarten und der Primarschule erhalten konkrete Unterstützung in Form von stufengerechten Materialien und entsprechend ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen, um das Interesse ihrer Schülerinnen und Schüler für Mathematik und Technik nachhaltig zu prägen.
- Durch geeignete Massnahmen in der Vorschul-, Kindergarten-, Primar- und Sekundarstufe I sollen das Interesse, die Motivation und Leistungsfähigkeit für MINT geweckt und gefördert werden. Dabei sollen gezielt auch Frauen in MINT-Berufen als Vorbild wirken.
- Pädagogische Hochschulen, Universitäten und die ETH Zürich bieten eine breite Palette von Aktivitäten an, um insbesondere auch Mädchen für technische Phänomene und Berufe zu sensibilisieren.
- Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer müssen für die Thematik – mit besonderem Fokus auf eine geschlechtergerechte Didaktik – sensibilisiert werden.
- Akademien, Verbände und Stiftungen koordinieren nationale und internationale Anlässe und Wettbewerbe für Kinder und Jugendliche in MINT.
- Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen, die im MINT-Bereich tätig sind, sollen gefördert werden.
- Gemeinsam mit Unternehmen werden auf allen Schulstufen jährlich Projekt- und Techniktage geplant und durchgeführt.

5. Fachdidaktische Ausbildung von Lehrpersonen erhöhen

Ein guter Unterricht in technischen Fächern fördert nachweislich das Technikinteresse der angehenden Berufstätigen. Die fachdidaktische Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer ist zentral für einen guten Unterricht und für die Motivierung der Schülerinnen und Schüler, sich mit den Inhalten eines Fachs auseinanderzusetzen. Der Fachdidaktik kommt daher bei der Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen ein hoher Stellenwert zu. Die sich zurzeit im Aufbau befindenden Fachdidaktikzentren tragen somit zur Förderung der MINT-Fächer an der Volksschule und auf der Sekundarstufe II bei. Ziel ist es, in allen Fächern genügend Fachdidaktik-Dozenten qualifizieren zu können und die Forschung auf diesem Gebiet zu etablieren.

Die CVP-Frauen Schweiz fordern:

- Der natur- oder ingenieurwissenschaftliche Unterricht bezüglich Ausstattung und didaktischer Gestaltung auf der Sekundarstufe I wie auch auf der Sekundarstufe II haben einen signifikanten Einfluss auf die Studienfachwahl. Die MINT-spezifische Ausbildung von Lehrpersonen aller Stufen muss zwingend dahingehend verbessert werden.
- Es müssen Weiterbildungsangebote zur MINT-Förderung für Lehrerinnen und Lehrer aller Stufen angeboten werden, die sowohl fachdidaktische als auch fachübergreifende Zugänge vermitteln.

6. Vielfältige, attraktive Berufswege im Gesundheitsbereich bieten

2008 waren rund 542'000 Personen im Pflege- oder Therapiebereich tätig; dies entspricht rund 9 % der Erwerbsbevölkerung. Davon waren fast 260'000 Personen teilzeiterwerbstätig, davon wiederum 72 % Frauen und 24 % Personen ausländischer Nationalität.

Das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) entwickelte Prognosen zum Pflegeleistungs- und Personalbedarf betreffen die Spitäler, die Alters- und Pflegeheime sowie die Spitex-Dienste. Im Referenzszenario ist der demografische Effekt mit einer Verkürzung der Hospitalisationsdauer und einer Verbesserung des Gesundheitszustandes der älteren Bevölkerung gekoppelt. Unter Voraussetzung dieser Hypothesen könnte der Bedarf an Pflegeleistungen wie folgt zunehmen:

- Hospitalisationstage +2.4 %
- Beherbergungstage in Alters- und Pflegeheimen +30 %
- Spitex-Klienten +20 %

Geht man von einer unveränderten Produktivität und Erwerbsquote aus, müssten aufgrund dieses erhöhten Pflegeleistungsbedarfs 17'000 Stellen (Vollzeitäquivalente) neu geschaffen und 25'000 Personen zusätzlich eingestellt werden (+13 %). Hinzu kommen rund 60'000 Gesundheitsfachleute (30 %), die wegen Pensionierung ersetzt werden müssen.

Das Alternativszenario beobachtet die Bedarfsentwicklung bei – gegenüber 2006 – unveränderten Hospitalisationsdauern und gleich bleibendem Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung. Ihm zufolge würde die Zunahme des Bedarfs die Schaffung von 33'000 Stellen erfordern, was einer Personalaufstockung von 48'000 Personen (+25 %) entspricht. Unbestritten ist, dass der Personalbedarf im Gesundheitswesen aufgrund demografischer und epidemiologischer Veränderungen stark ansteigen wird. Aus den oben aufgeführten Prognosen lässt sich auf einen zusätzlichen Personalbedarf von mindestens 13 % bis 2020 schliessen. Festzuhalten bleibt, dass die Zahl der neu dem Gesundheitswesen zugeführten Fachleute in nicht-universitären Gesundheitsberufen in keiner Berufsgruppe den zu erwartenden Bedarf erreicht. Im Bereich Pflege und Betreuung ist die Unterschreitung massiv.

Die CVP-Frauen Schweiz fordern:

- Die Ausbildungsrekrutierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss verbessert werden. In den Betrieben müssen genügend Schnuppertage oder –praktika angeboten werden.
- Es müssen zusätzliche Ausbildungsplätze in den verschiedenen Bereichen angeboten werden.
- Das Potential an Wieder- und Quereinsteigern muss ausgeschöpft werden. Es sind geeignete Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Interessierten erlauben, einer Ausbildung nachzugehen.
- Die zweijährige Grundbildung mit Attest Gesundheit und Soziales (Assistentin/Assistent Gesundheit und Soziales Eidgenössisches Berufsattest [EBA]) wird angeboten.
- Für den Abschluss Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) Fachfrau/Fachmann Gesundheit soll eine verkürzte Nachholbildung angeboten werden oder es wird eine Validierung der erbrachten Bildungsleistungen durchgeführt. Damit können erfahrene Personen unter Berücksichtigung ihrer bereits erworbenen Kompetenzen einen aktuellen und anschlussfähigen Abschluss erlangen.
- Ein durchlässiges System von der zweijährigen Attestausbildung bis hinauf zum Master – auch in den Gesundheits- und Pflegeberufen – ist zwingend nötig.
- Die kontinuierliche Weiterbildung muss verbessert und bedarfsgerecht angeboten werden. Bei Weiterbildungsangeboten müssen auch die Freiwilligen mit einbezogen werden.
- Die informelle und formelle Zusammenarbeit zwischen qualifizierten Gesundheitsfachpersonen und Freiwilligen muss gefördert werden. Das Ziel muss sein, dass qualifizierte Gesundheitsfachfrauen und -männer gezielt auch für den Einsatz, die Führung und Begleitung von Freiwilligen innerhalb von (Pflege-) Institutionen befähigt werden.
- Die Anerkennung der ausländischen Diplome auf den verschiedenen Bildungsstufen ist zu gewährleisten. Sie erfolgt nach klaren, kompetenzorientierten und transparenten Regeln.
- Damit Berufe im Gesundheitswesen attraktiv bleiben, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, wie angepasste Arbeitszeitmodelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Weiterbildungsmöglichkeiten sowie kompetenzgerechte Verteilung von Rollen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten.